

## Krieg oder Frieden

Aktuelle Ereignisse in der Welt, insbesondere

- der **Krieg in der Ukraine**,
- der **Völkermord in Gaza**,
- die US-Intervention und Entführung des Staatsoberhauptes in **Venezuela**
- der völkerrechtswidrige Krieg Trumps und Netanjahus gegen **Iran**
- sowie die nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehenden, **hunderte bewaffnete Konflikte** weltweit,

bezeugen, dass das Völkerrecht missachtet und eine Politik des Stärkeren durchgesetzt wird.

Die CDU/CSU-SPD-Regierung der Bundesrepublik Deutschland heizt mit Waffenlieferungen und logistischer Unterstützung in Kriegsgebieten die Gefahr von unkontrollierten Ausweitungen der Konflikte (bis hin zu einem nächsten Weltkrieg) mit an. Auch Grüne und FDP stimmen mit ein.



Es wird mit zweierlei Maß gemessen: Einerseits werden die völkerrechtswidrigen Militärangriffe der USA und Israels gegen Iran, in Gaza und Venezuela und die Blockade Kubas ohne Protest hingenommen, andererseits wird Russlands als Aggressor verurteilt und mit Sanktionen und Waffenlieferungen bekämpft. Eine angebliche, real nicht vorhandene Bedrohung durch Russland wird benutzt, um Deutschland kriegstüchtig machen zu können. Dies alles mit Steuergeldern bzw. Unsummen an Schulden durch unbegrenzte Kriegskredite.

**Hauptopfer sind die Menschen in den betroffenen Ländern. Bezahlen wird auch bei uns, wie immer, die einfache Bevölkerung, Arbeiter und Angestellte, Väter, Mütter, Kinder, welche mehrheitlich gegen Krieg und Kriegstüchtigkeit sind. Erst mit Wohlstandsverlust, dann mit der Gesundheit und ihrem Leben.**

Schon jetzt wird im sozialen Bereich gespart und zusammengestrichen, was das Zeug hält. Ob bei Krankenkassenleistungen, Arbeitszeit, Urlaub, Rente, in der Bildung, Investitionen in Infrastruktur, Soziales, Kunst und Kultur. Durch völkerrechtswidrige Sanktionen und Krieg ist Energie fast unbezahlbar geworden. Die Wirtschaft schrumpft seit Jahren, Firmen schließen oder wandern ab.

**Wann ist damit Schluss?**

# Der Krieg ist unvereinbar mit Sozialstaat und Demokratie

## Arbeit und Gewerkschaft beim BSW (AGBSW) steht für diese Positionen:

- Wir verurteilen die völkerrechtswidrigen Angriffe der USA unter Trump und Israels unter Netanjahu gegen Iran. Die US-Militärbasen in Deutschland dürfen nicht für diesen Krieg genutzt werden; Deutschland darf sich nicht an diesem Krieg beteiligen.
- Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete müssen sofort eingestellt werden, insbesondere nach Israel und in die Ukraine. Keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Deutschland!
- Nein zu den Sanktionen! Zivile Produktion statt Rüstungsproduktion! Sicherung der Arbeitsplätze!
- Diplomatische Bemühungen zur Beilegung des Ukraine-Konflikts. Für Frieden, diplomatische Konfliktlösungen und Entspannungspolitik in Europa, Westasien und überall auf der Welt.
- Aufrüstung und die gepredigte Kriegstüchtigkeit müssen beendet werden. Nein zur Steigerung des Rüstungsetats auf 5% des Bruttoinlandsprodukts, der Wirtschaftsleistung. Milliarden für mehr Personal für Bildung und Hochschulen, Gesundheitswesen, ÖPNV, Klimaschutz und Infrastruktur, für den Wiederaufbau des Sozialstaats! Dafür Aufhebung der Schuldenbremse!
- Die Bundeswehr muss raus aus Schule und dem öffentlichen Raum. Keine Bundeswehr-Werbung an Schulen und in der Öffentlichkeit,
- Wir lehnen die Einführung der Kriegsdienstpflicht ab.

## Wir wollen Frieden, Frieden, Frieden

- Ein friedliches Miteinander in Europa und der Welt, auf der Basis eines gleichberechtigten Miteinanders und friedlicher Koexistenz
- Internationale Verträge müssen Geltung behalten und das Völkerrecht wieder eingehalten werden

## Wir fordern alle Gewerkschafter und alle abhängig Beschäftigten auf, sich zum Frieden zu bekennen.

Zeigt euch auf Friedensdemonstrationen, bekennt euch in Diskussionen zum Frieden. Nehmt an Veranstaltungen von Friedensorganisationen teil. Macht die Ostermärsche groß und zeigt euren Friedenswillen auf den Mai-Demonstrationen. Diskutiert innerhalb der Gewerkschaften.

## Dafür lasst uns gemeinsam handeln und organisieren.

**Aufgabe des BSW und der AGBSW** ist es, heute eine Kraft gegen die Kriegs-Politik der Regierung unter Kanzler Merz zu organisieren. Für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, des Sozialstaats und der Demokratie gegen die Angriffe der Regierung. Dazu wollen wir beitragen. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass man nicht erfolgreich für soziale Forderungen kämpfen kann, ohne die Fragen der Kriegspolitik und Kriegsvorbereitung mit aufzunehmen. Diese Gedanken tragen wir auch in unsere Gewerkschaften.

Interesse? Melde dich bei: [info@agbsw.de](mailto:info@agbsw.de)

AGBSW im Internet: [agbsw.de](http://agbsw.de)

AGBSW-Kanal auf Telegram: [t.me/AGBSW](https://t.me/AGBSW)

Webseite:



Facebook:

